

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 23 (1948)
Heft: 7

Artikel: Der XIX. Internationale Kongress für Wohnungsbau und Stadtplanung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-101999>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gesichtskreis aus besehe, anstatt sie vom gesamt-volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu beurteilen. «Wir haben uns indessen», heißt es dann, «nicht mit Renditenberechnungen über Liegenschaften auseinanderzusetzen; denn nicht diese Berechnungen, sondern unsere Volkswirtschaft verlangt vom

Hauseigentümer einen Mietzinsabbau.» In der Tat sind es volkswirtschaftliche Interessen, wie namentlich die Rücksicht auf das allgemeine Preisniveau, die eine Niedrighaltung der Mietpreise verlangen.

Der XIX. Internationale Kongress für Wohnungsbau und Stadtplanung

20. bis 26. Juni 1948 in Zürich

Der Internationale Verband für Wohnungsbau und Stadtplanung, dessen XIX. Kongreß im Juni dieses Jahres in Zürich stattfand, ist eine lose Föderation der Landesverbände und Behörden, die sich mit den Problemen des Wohnungsbaues und der Stadtplanung befassen. Es gibt heute kein Land, in welchem nicht die Beschaffung des nötigen Wohnraumes mit allem Zubehör eines der schwierigsten und dringendsten Probleme wäre. Wohl liegen die Voraussetzungen für die Lösung der Aufgabe je nach der Tradition, der sozialen Struktur und den Eigentumsverhältnissen in den einzelnen Ländern sehr verschieden, und es kann nicht die Aufgabe des Internationalen Verbandes sein, Vorschläge auszuarbeiten, die für alle Länder dienlich sind; aber es besteht überall ein großes Bedürfnis, die Verhältnisse in anderen Ländern kennenzulernen, zu wissen, wie andernorts die Probleme gemeistert werden und aus den Erfahrungen anderer Schlüsse für die eigene verantwortungsvolle Arbeit zu ziehen. Diesem Bedürfnis gerecht zu werden, ist der Zweck der internationalen Kongresse des Verbandes.

Leider boten sich für verschiedene Länder große Schwierigkeiten, eine ihrer Bedeutung und ihrem Interesse entsprechend große Delegation an den Kongreß zu entsenden. Die Reise ist für viele Delegierte lang und beschwerlich, und die Devisen können nicht beschafft werden. Es darf deshalb als großer Erfolg gewertet werden, daß immerhin 31 Länder mit gegen 500 Delegierten am Kongreß vertreten waren.

An jedem Kongreß werden bestimmte Themata zur Diskussion gestellt. Diesmal wurden «Die finanzielle Unterstützung des Wohnungsbaues», «Der Fortschritt im Wohnungsbau und die Methoden zu dessen Förderung», «Die nationale und regionale Planung von Stadt und Land», und «Die finanziellen Beziehungen zwischen Planung und Eigentumsrechten» in vier Vollversammlungen besprochen. Die Grundlage bildete ein umfangreiches Material, das von den verschiedenen Landesverbänden geliefert und von den Referenten bearbeitet worden war. Daneben fanden Sitzungen von Studiengruppen statt, die in engerem Kreise die Fragen der Schulung des Planers und der Planequipe, die Methoden zur Kontrolle der Bau-

tätigkeit, der Lage des Hauses in bezug auf Umgebung und Orientierung, die Entwicklung der Hausverwaltung, die Analyse der regionalen Aufnahmen, die Planung von geschlossenen Siedlungen und ihrem architektonischen Ausdruck, sowie die Normen und die Ausrüstung des Hauses besprachen. Ein besonders großes Interesse bekundeten die Delegierten für die *Besichtigung der Wohnkolonien* in Zürich und Winterthur, die an drei Nachmittagen durchgeführt wurden.

Bei der offiziellen Eröffnung des Kongresses hielten Sir George L. *Peppler*, der Präsident des Internationalen Verbandes, Herr Bundesrat *Rubattel* und Herr Regierungsrat J. *Heuber* Begrüßungsansprachen. Wie es bei solchen Anlässen üblich ist, veranstalteten die Behörden der Stadt Zürich einen Empfang, an welchem Herr Stadtpräsident *Lüchinger* die Begrüßungsansprache hielt. An der Generalversammlung wurde der Bericht des Verbandspräsidenten entgegengenommen. Ferner fand ein Filmabend statt. Die vorgesehene Rundfahrt auf dem Zürichsee mußte der schlechten Witterung wegen abgesagt werden und wurde durch eine gemütliche Zusammenkunft ersetzt.

Sehr interessant waren die beiden *Ausstellungen* «Deine Wohnung, dein Nachbar, deine Heimat» im Helmhaus und — als Gegenstück — «Städtebau und Wohnungsfürsorge in den Niederlanden».

Die knappe und trotzdem lange Aufzählung der Veranstaltungen gibt ein blasses Bild von den großen Anstrengungen, die den Delegierten zugemutet wurden. Das Programm war entschieden überladen. Insbesondere sollten künftig die Sitzungen der Studiengruppen nicht gleichzeitig mit den Vollversammlungen stattfinden, denn niemand kann gleichzeitig an zwei Orten sein.

Für die Schweizer, die in großer Zahl den Verhandlungen beiwohnten, waren die Diskussionen sehr lehrreich. Sie konnten sich ein Bild darüber machen, was getan werden mußte. Aber sie kennen auch die Widerstände, die zu überwinden sind, und die sich bei uns viel stärker geltend machen, als dies in manchen anderen Ländern der Fall ist. Es seien dafür nur einige wenige Beispiele herausgegriffen.

Noch auf dem letzten Kongreß in Hastings stand

im Vordergrund des Interesses die Frage der *Vorfabrikation der Wohnungen*. Man glaubte damit schneller und billiger zu dem nötigen Wohnraum zu kommen und eine bessere Qualität zu erreichen. In Zürich blieb unwidersprochen, daß das gewünschte Ziel nicht erreicht werden konnte, weil das vorfabrizierte Haus zu sehr nach Konfektion «riecht», und weil die Transportkosten für die Elemente meist sehr hoch sind. Man befürwortete eher die Rückkehr zu den alten bewährten Baustoffen und eine bessere Rationalisierung der Baustelle, sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen am Bauwesen interessierten Kreisen. Die Feststellung, daß die Rationalisierung in Baugewerbe und Bauindustrie sehr rückständig sei, trifft auch für unser Land zu, und damit hängt auch zum Teil die Tatsache zusammen, daß für den Wohnungsbau so hohe Subventionen nötig sind. Solange aber jeder nur auf seinen eigenen Gewinn sieht und am andern vorbeiarbeitet, werden die Fortschritte sehr klein sein. Auch bei uns müssen die Wege gefunden werden, die durch Wissenschaft und Technik gegebenen Möglichkeiten auszuschöpfen. Die Initiative dafür wird in erster Linie von unserem Verband ausgehen müssen.

Der britische Minister für Städte- und Landesplanung, *Lewis Silkin*, übte offenherzig Kritik an unseren Verhältnissen. Was er sagte, ist durchaus richtig. Wir schaffen zu unseren Kolonien zuwenig Kinderspielflächen, zuwenig Einkaufszentren, zuwenig Parkplätze, und wir lassen die Städte sich zu wenig organisiert entwickeln. Unsere Landes- und Regionalplanung steckt noch in den Anfängen und ist fast völlig der privaten Initiative überlassen. Warum all das? Weil einer richtigen Planung überholte Eigentumsverhältnisse im Wege stehen! Vor dem Erlaß der nötigen Expropriationsgesetze schreckt man aber zurück.

Auch bei uns könnte man einen wesentlichen Beitrag zur Lösung des Wohnungsproblems beisteuern, wenn etwas weniger auf die «wohlerworbenen Eigentumsrechte» an den bestehenden Wohnungen Rücksicht genommen würde und der vorhandene Wohnraum besser seiner Zweckerfüllung zugeführt würde. Die Idee, ungenügend oder überhaupt nicht bewohnte Räume progressiv zu besteuern, wurde zwar bei uns auch schon propagiert, aber in Frankreich wird sie mit Erfolg verwirklicht. Auch hier ist uns eine Aufgabe gestellt, die wir lösen werden müssen.

Erfreulich war für uns das Lob, das die ausländischen Delegierten der *Qualität unserer Baumaterialien* und der Arbeit unseres Handwerks spendeten. Besonders die Engländer sprachen sich anerkennend über die große Reinlichkeit in den Wohnungen und über die Wohlerzogenheit unserer Kinder aus.

In einer Studiengruppe wurde die Frage der Beziehungen zwischen *Mieter und Vermieter* zur Diskussion gestellt. Da, wo vorwiegend der Staat die Wohnungen erstellt und sie dann auch verwalten muß, ist

dieses Problem akut. Ist schon das Verhältnis Hausmeister-Mieter bei uns oft recht gespannt, so muß es noch viel schlimmer sein, wo «die einzige Beziehung des Vermieters zum Mieter darin besteht, daß jede Woche ein Einzüger kommt, um den Hauszins einzuziehen». Es ist darum begreiflich, daß wir kreuz und quer darüber ausgefragt wurden, wie bei uns die Genossenschaften die Wohnungen verwalten. Aus allem konnten wir ersehen, daß wir mit dem genossenschaftlichen Wohnungsbau und der genossenschaftlichen Verwaltung der Wohnungen auf dem richtigen Wege sind. Die Genossenschaft, in welcher der Mieter ein Mitsprache- und Vorschlagsrecht hat, gibt die Möglichkeit, die Beziehungen der Mieter untereinander so zu gestalten, daß sich eine *richtige Gemeinschaft* ergibt, die sich weit über die einzelne Wohnkolonie hinaus in die engere und weitere Heimat auswirkt. In der Förderung dieser Tätigkeit der Wohnbaugenossenschaften besteht auch für unseren Verband eine große Aufgabe.

Wo der Kontakt zwischen dem Ersteller der Häuser und der Mieterschaft fehlt, ist es auch schwierig, in der Gestaltung der Wohnung den Bedürfnissen der Mieter gerecht zu werden. Wenn in einer Studiengruppe wieder das Thema «Wo ißt die Familie?» breitgetreten wurde, und man immer wieder auf die Frage zurückkam, ob eine Eßnische in der Küche oder eine Kochnische in der Stube besser sei, so beweist das nur, daß man immer noch auf der Suche nach *einer* richtigen Lösung ist, weil man nicht aus einem ständigen engen Kontakt mit der Mieterschaft heraus erkannt hat, daß man die Wohnungen so weit als möglich den verschiedenen Bedürfnissen anpassen muß, und nicht den Mietern vorschreiben darf, wie sie wohnen sollen. Auch hier ist die Bau- und Wohnngenossenschaft am besten geeignet, die nötigen Erfahrungen zu sammeln und dem Architekten die entsprechenden Vorschriften zu machen.

In den verschiedenen Referaten wurde immer wieder eine bessere *internationale Zusammenarbeit* und ein besserer Erfahrungsaustausch gefordert. Insbesondere wird ein besserer Kontakt mit den Organisationen der UNO und der UNESCO angestrebt. Wir können das nur unterstützen. Voraussetzung einer guten «Cooperation» im internationalen Maßstab ist aber eine solche in den einzelnen Ländern. Daß wir diese bei uns verbessern müssen, soll eine weitere Lehre sein, die wir aus der Arbeit des Kongresses ziehen wollen.

Wenn der XIX. Kongreß des Internationalen Verbandes für Wohnungsbau und Stadtplanung als schöner Erfolg bezeichnet werden darf, so ist dies nicht zuletzt der umfangreichen Arbeit des Organisationskomitees, dessen Präsident *Stadtrat J. Peter* war, sowie den Genossenschaften, die sich für die Besichtigungen bereitwillig zur Verfügung stellten, zu verdanken. Es soll ihnen dafür der beste Dank auch hier ausgesprochen werden.

Gts.